Bündnis 90 / Die Grünen

Im Aalener Stadtrat Aalen, den 31.01.2023

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt:

1. Die Stadt Aalen bietet ihren Mitarbeitenden die Übernahme der Kosten für das 49-Euro-Deutschlandticket an. Hierfür wird der derzeitige ÖPNV-Zuschuss auf maximal 49.- Euro erhöht.

2. Die Kostenübernahme gemäß Ziff.1 soll auch für die Mitarbeitenden der Stadtwerke Aalen GmbH und der Aalener Wohnungsbau GmbH gelten. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine diesbezügliche Beschlussfassung in den zuständigen Organen in die Wege zu leiten. Die Kosten für die dortigen Mehraufwendungen werden von der Stadt ersetzt

Begründung:

Die Stadt übernimmt bereits derzeit einen Teil der Fahrtkosten ihrer Mitarbeitenden im Rahmen eines Zuschusses zum ÖPNV.

Mit der Einführung des 49-Euro-Deutschlandstickets wird sich die Ticketsystematik innerhalb der Verkehrsverbünde ohnehin deutlich ändern. Dieses Angebot bietet aber auch die Chance, das Mobilitätsverhalten der Nutznießer des Tickets nachhaltig zu verändern und dadurch im Bereich Verkehr einen großen Beitrag zur Erreichung der beschlossenen Klimaneutralität der Stadt Aalen bis 2035 zu leisten.

Die Stadt Stuttgart hat am 26.01. bereits einen entsprechenden Beschluss als Vorreiter gefasst (Beschlussvorlage des Gemeinderats der Stadt Stuttgart in Anlage).

Wer innerhalb Deutschlands den Nahverkehr kostenlos nutzen kann, wird diesen bei der Wahl des Verkehrsmittels schon aus rein finanziellen Gründen

vorrangig in seine Entscheidung mit einbeziehen. Hinzukommt der von vielen gewünschte Beitrag zu einer umweltfreundlichen Art der Fortbewegung. Erleichtert wird die Wahl des ÖPNV innerhalb ganz Deutschlands noch zusätzlich durch den Abbau fast sämtlicher bürokratischer Hemmnisse bei dessen Nutzung durch das neue einheitliche Monatsticket.

Hinzukommt noch, dass die Stadt Aalen und ihre Tochtergesellschaften mit diesem Zusatzangebot bei einer sich verschärfenden Personalnot als Arbeitgeber attraktiver wird, auch für Einpendler aus dem Umland. Dies kann die Personalgewinnung erleichtern.

Ziel soll es aber auch sein, ein Vorbild für andere Behörden und insbesondere auch private Arbeitgeber in der Region zu sein.

Dieses Angebot ist mit überschaubarem finanziellen Aufwand geeignet, einen höheren Beitrag zur angestrebten Änderung des Modal-Split und damit zur Verkehrswende und zur Reduktion des CO2-Ausstoßes zu leisten als viele andere Maßnahmen.

Die Verwaltung wird gebeten, die voraussichtlichen Kosten unter Gegenrechnung mit den bisherigen ÖPNV-Zuschüssen für die Beschäftigten zu berechnen und einen Vorschlag für die Finanzierung im Rahmen veranschlagter Haushaltsmittel und/oder durch Umwidmung anderer, voraussichtlich in 2023 nicht oder nicht voll benötigter Mittel unterbreiten.

Michael Fleischer